

Handbuch der Musterschriftsätze für Steuerberater

herausgegeben von

Mag. Klaus Hübner

Präsident der Österreichischen
Gesellschaft der Wirtschaftstreuhänder
Steuerberater, Wien

Mag. Herbert Houf

Vizepräsident der Österreichischen
Gesellschaft der Wirtschaftstreuhänder
Steuerberater/Wirtschaftsprüfer, Wien

Titelei



Wien 2015

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitervorschlag: *Bearbeiter*, [Titel] [Rz] oder [Muster] in *Hübner/Houf* (Hrsg), *Musterschriftensätze für Steuerberater* (2015)

Beispiel: *Drexler/Houf*, *Rechtsschutz – Ordentliche Rechtsmittel Rz 5* [oder: *Muster ORM-2 Anm . . .*] in *Hübner/Houf* (Hrsg), *Musterschriftensätze für Steuerberater* (2015)

Online abrufbar unter musterschriftensaetze.manz.at.
Zugangscode auf der Rückseite der Mappe.

Printed in Austria

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Herausgeber, der Autorinnen und Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-15918-4
ISBN 978-3-214-15919-1 (1. – 14. Lfg)

© 2015 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien
Telefon: (01) 531 61-0
E-Mail: verlag@manz.at
www.manz.at

Druck: Ferdinand Berger & Söhne Ges. m. b. H., 3580 Horn

Vorwort der Herausgeber zur Grundlieferung

Es kann drei Jahre her sein, vielleicht auch einige mehr – so eine lange Schwangerschaft lässt einen den Überblick verlieren – als wir das erste Mal über ein Buchprojekt „Musterbriefe für Wirtschaftstrehänder“ (personenbezogene Bezeichnungen beziehen sich generell auf Frauen und Männer in gleicher Weise) nachgedacht haben. Kein Problem – jeder hat einen reichen Fundus an Schimmelbriefen, die sich in jahrzehntelanger Praxis in den Kanzleien angesammelt haben. Die stellen wir hübsch zusammen, gehen einmal redaktionell drüber und dann haben wir das – eigentlich kaum der Rede wert.

Jahre und zahlreiche durchwachte Nächte später liegt es nun tatsächlich vor uns, das Handbuch der Musterschriftsätze für Steuerberater. Eine schwierige Geburt, stellte sich doch rasch heraus, dass von den vielen Vorlagen einige noch den Jahrtausendwechsel miterlebt hatten und daher – elegant formuliert – doch etwas in die Jahre gekommen waren. In einem Ordner abgelegt hätten der Anflug von Gelb, ein etwas aus der Mode gekommenes Schriftbild und ein Hauch abgestandener Luft beim Öffnen des Ordnerdeckels sofort unmissverständlich darauf hingedeutet, dass die „Alltagstauglichkeit“ der Vorlage nicht mehr gänzlich gewährleistet ist. Aber in einem Dateiverzeichnis sieht jeder Eintrag gleich elegant und flott aus und die Tragödie offenbarte sich erst viel später, als die Datei geöffnet wurde – sofern das überhaupt noch funktionierte.

Nach diesem ersten Rückschlag, der sofort an der Sinnhaftigkeit und Machbarkeit des Projektes zweifeln ließ, brauchte es etwas Zeit, bis neuer Mut gefasst war. Es blieb nicht bei dem einen Rückschlag, aber letztlich haben sich dann im Frühjahr des Jahres 2014 ein paar Beherzte zusammengefunden, die sich bereit erklärten, an diesem Sammelband mitzuarbeiten. Allen unseren Autoren, die in lauen Sommernächten (zum Glück waren das im abgelaufenen Jahr nicht so viele) und an verregneten Wochenenden (diesem ist es vermutlich zu danken, dass es dann doch geklappt hat) an ihren Texten getippt, gefeilt, redigiert, korrigiert, und manchmal vielleicht auch resigniert haben, sei ganz herzlich gedankt. Dass es gelungen ist, die erste Garnitur des „who is who“ der österreichischen Steuerberaterszene für dieses Musterhandbuch zu gewinnen, war nicht selbstverständlich und macht uns sehr glücklich.

Aber nicht nur unseren Autoren ist Dank geschuldet. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Manz-Verlags, allen voran Frau Mag. Sandra Veltzé, die mit einer unnachahmlichen Mischung von Sachverstand, Charme und sanfter, aber konsequenter Härte immer für den nötigen „drive“ in unserem Projekt gesorgt hat und dafür, dass schließlich auch tatsächlich alles zeitgerecht unter Dach und Fach war.

Ein herzliches Dankeschön aber auch all jenen, die in unseren Kanzleien – sozusagen im stillen Kämmerlein – recherchiert und repariert haben, was doch nicht so schnell und fehlerlos „aus der Feder“ geflossen ist, wie sich das manch einer gewünscht oder erwartet hatte.

Die Herausgabe in Faszikeln, also einzelnen Heftchen, soll die einfache Handhabung in der täglichen Praxis, aber auch die laufende Überarbeitung und Aktualisierung

Vorwort der Herausgeber zur Grundlieferung

erleichtern. Da nicht damit zu rechnen ist, dass die „legistischen Quellen“ unvermittelt versiegen werden, vermutlich eine zukunftsweisende Entscheidung des Verlags. Dass uns damit auch die Möglichkeit eröffnet ist, die bislang noch nicht umfassend aufgearbeiteten Rechtsgebiete zu ergänzen, ist ein Versprechen an Sie und eine Verpflichtung für uns. Alle, die sich nun vielleicht angesprochen fühlen, auch ihr Scherflein zu diesem Werk beizutragen, sind herzlich im Team willkommen!

Sämtliche Muster können online unter musterschriftenaetze.manz.at als Word-Dokumente heruntergeladen und, angepasst auf den jeweiligen konkreten Fall, in der Praxis sofort angewendet werden. Den Zugangscode finden Sie auf der Rückseite der Mappe.

Das Werk soll als Praxishilfe schnelle, von Kollegen praxiserprobte, Lösungen anbieten, die man selbst noch nicht zur Hand hat. Die Vorlagen erheben weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf wissenschaftliche Exaktheit. Sicher ist es möglich, vieles besser, geschliffener, ausführlicher und detaillierter zu formulieren. Aber was Sie in diesem Buch finden, hat sich in namhaften Kanzleien über viele Jahre in der Praxis bewährt und kann daher als „solide Grundlage“ herangezogen werden.

Die ausführlichen Anwendungshinweise sollen helfen, nicht nur rasch den richtigen Text zu finden, sondern diesen auch auf die individuellen Bedürfnisse des Einzelfalles anzupassen. Dazu ist ein grundlegendes Verständnis der dahinter liegenden gesetzlichen Bestimmungen unabdingbar. Natürlich können diese Erläuterungen einen ausführlichen Gesetzeskommentar nicht ersetzen, aber sie sollen helfen, dass man sich rascher in den Vorlagen zurechtfindet und – durch die theoretischen Ausführungen gestützt – mehr Sicherheit in der Anwendung der Vorlagen gewinnt.

Somit wünschen wir Ihnen viel Erfolg und Freude bei der Verwendung unserer Mustereingaben. Nachdem sich das Werk weiterentwickeln soll, sind wir für Ihre Kritik oder Verbesserungsvorschläge dankbar.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Herausgeber

Klaus Hübner

Herbert Houf

Verzeichnis der Autoren und Herausgeber

Dr. *Brigitte Balber-Peklar* ist Steuerberaterin und zertifizierte Umgründungsberaterin bei der Heidinger & Heidinger Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH in Graz.

Dr. *Horst Bergmann* ist Steuerberater und Partner der WTS Tax Service Steuerberatungsgesellschaft mbH in Wien.

Mag. *Michaela Christiner* ist Steuerberaterin und Wirtschaftsprüferin bei der BFP Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs GmbH in Graz sowie Präsidentin der Kammer der Wirtschaftstreuhänder Steiermark.

Mag. *Katharina Drexler* ist Steuerberaterin und Prokuristin der Audit Partner Austria Wirtschaftsprüfer GmbH in Wien.

MMag. DDr. *Hubert W. Fuchs* ist Steuerberater bei HÜBNER & HÜBNER in Wien und Abgeordneter zum Nationalrat.

Mag. *Herbert Houf* ist Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Vizepräsident der Österreichischen Gesellschaft der Wirtschaftstreuhänder und Geschäftsführer der Audit Partner Austria Wirtschaftsprüfer GmbH in Wien.

Mag. *Klaus Hübner*, MAS, ist Steuerberater und Präsident der Österreichischen Gesellschaft der Wirtschaftstreuhänder und Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhänder.

MMag. *Alexander Lang* ist Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, zertifizierter Finanzstrafexperte und Partner bei Deloitte Österreich.

Mag. Dr. *Helmut Schuchter* ist Steuerberater, Gerichtssachverständiger und Partner der Stauder Schuchter Kempf Wirtschaftsprüfungs- und SteuerberatungsgmbH & Co KG in Innsbruck sowie Vizepräsident der Kammer der Wirtschaftstreuhänder Tirol.

Mag. Dr. *Stefan Steiger* ist Steuerberater, Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhänder Burgenland und Geschäftsführer der elixa SteuerberatungsgmbH in Mattersburg.

Dr. *Johannes Wolfgang Steiner* ist Senatspräsident des Verwaltungsgerichtshofs i. R. sowie Fachvortragender an der Akademie der Wirtschaftstreuhänder.

Dr. *Verena Trenkwalder*, LL.M., ist Wirtschaftsprüferin und Steuerberaterin sowie Partnerin bei der KPMG in Linz, Vizepräsidentin der Österreichischen Gesellschaft der Wirtschaftstreuhänder und Präsidentin der Kammer der Wirtschaftstreuhänder Oberösterreich.

Gesamtübersicht

Vorwort der Herausgeber	III
Verzeichnis der Autoren und Herausgeber	V
Gesamtübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII

Rechtsschutz – Ordentliche Rechtsmittel	ORM
Sonstige Maßnahmen der Abänderung von Bescheiden	SBA
Abweichendes Wirtschaftsjahr und Gruppenbesteuerung	KSt
Umsatzsteuer	USt
Umgründungen	Umgr
Finanzstrafrecht	FinStR
Internationales Steuerrecht	IStR
Sozialversicherung	SV
Das Verfahren vor dem VwGH	VwGH

Inhaltsverzeichnis

Rechtsschutz Ordentliche Rechtsmittel

Katharina Drexler / Herbert Houf

Teil 1		Seite
I.	Vorbemerkungen	4
A.	Allgemeines zum Rechtsschutz	4
II.	Beschwerden an Verwaltungsgerichte	4
A.	Beschreibbeschwerde	4
1.	Allgemeines	4
B.	Verfahrensleitende Verfügungen	5
III.	Einbringung der Beschwerde	6
A.	Beschwerdefrist – Antrag auf Verlängerung der Beschwerdefrist	6
1.	Allgemeines	6
2.	Aktivlegitimation	7
3.	Antragsfrist und Wirkung	7
4.	Inhaltserfordernisse	7
5.	Entscheidung der Behörde	8
B.	Antrag auf Mitteilung einer fehlenden Begründung	8
1.	Allgemeines	8
2.	Aktivlegitimation	8
3.	Antragsfrist und Wirkung	8
4.	Inhaltserfordernisse	9
5.	Entscheidung der Behörde	9
C.	Aktivlegitimation zur Einbringung einer Beschreibbeschwerde	9
D.	Exkurs: Beschwerderechte von Haftungspflichtigen – Antrag auf Mitteilung eines noch nicht zur Kenntnis gebrachten Abgabenspruchs	11
1.	Allgemeines	11
2.	Aktivlegitimation	11
3.	Antragsfrist und Wirkung	11
4.	Inhaltserfordernisse	12
5.	Entscheidung der Behörde	12
E.	Zuständige Behörde	12
F.	Musterschriftsätze	13
	<i>Muster ORM-1: Antrag auf Mitteilung der gänzlich fehlenden Begründung</i>	14
	<i>Muster ORM-2: Antrag auf Mitteilung der teilweise fehlenden Begründung</i>	15
	<i>Muster ORM-3: Antrag auf Verlängerung der Beschwerdefrist</i>	16
	<i>Muster ORM-4: Antrag auf Verlängerung der Vorlagefrist</i>	17
	<i>Muster ORM-5: Antrag auf Verlängerung der Frist zur Beantwortung eines Mängelbehebungsauftrags betreffend eine Beschwerde</i>	18
	<i>Muster ORM-6: Antrag auf Mitteilung des zugrunde liegenden Abgabenspruchs</i>	19
IV.	Inhalt und Wirkung der Beschwerde	20
A.	Inhaltserfordernisse	20

Inhaltsverzeichnis

B. Ausschluss der Teilrechtskraft	21
C. Anfechtung von abgeleiteten Bescheiden	21
D. Abänderung von angefochtenen Bescheiden	22
E. Keine aufschiebende Wirkung	22
F. Musterschriftsätze	23
<i>Muster ORM-7: Bescheidbeschwerde (Grundmuster)</i>	24
<i>Muster ORM-8: Bescheidbeschwerde (Verletzung von Verfahrensvorschriften)</i>	26
<i>Muster ORM-9: Bescheidbeschwerde (inhaltliche Rechtswidrigkeit)</i>	31
<i>Muster ORM-10: Bescheidbeschwerde (Zahlungserleichterung, Ermessensentscheidung)</i>	33
<i>Muster ORM-11: Bescheidbeschwerde gegen einen Haftungsbescheid</i>	36
<i>Muster ORM-12: Bescheidbeschwerde betreffend Wiederaufnahmebescheide</i>	38
<i>Muster ORM-13: Bescheidbeschwerde betreffend Empfängerbenennung, Scheinrechnungen, Briefkastenfirmen</i>	41

Teil 2

	Seite
V. Beschwerdeverzicht (§ 255 BAO)	4
A. Antragslegitimation	4
B. Antragsfrist	5
C. Inhaltserfordernisse	5
D. Wirkung	5
E. Musterschriftsätze	6
<i>Muster ORM-14: Beschwerdeverzicht</i>	7
VI. Zurücknahme einer Beschwerde	8
A. Inhalt und Wirkung	8
B. Konsequenzen der Zurücknahme	8
C. Frist	8
D. Inhaltserfordernisse	8
E. Zurücknahme der Beschwerde vs Vorlagenantrag	9
F. Musterschriftsätze	9
<i>Muster ORM-15: Zurücknahme einer Bescheidbeschwerde</i>	10
<i>Muster ORM-16: Zurücknahme eines Vorlageantrags</i>	11
VII. Beitritt zur Beschwerde	12
A. Inhalt und Wirkung	12
B. Aktivlegitimation	12
C. Frist für den Beitritt	12
D. Inhaltserfordernisse	12
E. Musterschriftsätze	13
<i>Muster ORM-17: Beitritt zu einer Beschwerde</i>	14
<i>Muster ORM-18: Bescheidbeschwerde (Zurückweisung Beitritt)</i>	15
VIII. Zurückweisung der Beschwerde	17
A. Musterschriftsätze	17
<i>Muster ORM-19: Vorlageantrag bei Zurückweisung wegen Unzulässigkeit</i>	18
<i>Muster ORM-20: Vorlageantrag bei Zurückweisung wegen verspäteter Einbringung</i>	19
IX. Gegenstandsloserklärung der Beschwerde	20
A. Inhalt und Wirkung	20
X. Beschwerdeverentscheidung	20
A. Pflicht zur Beschwerdeverentscheidung	20
B. Unterbleiben einer Beschwerdeverentscheidung	20
C. Inhalt und Wirkung einer Beschwerdeverentscheidung	21

Inhaltsverzeichnis

D. Musterschriftsätze	21
<i>Muster ORM-21: Antrag auf Unterbleiben der Erlassung einer Beschwerde- vorentscheidung</i>	22
XI. Vorlageantrag und Vorlage der Beschwerde und der Akten	24
A. Gegenstand	24
B. Aktivlegitimation	24
C. Zuständigkeit	24
D. Frist	24
E. Inhaltserfordernisse	24
F. Wirkung	25
G. Musterschriftsätze	25
<i>Muster ORM-22: Vorlageantrag</i>	26
XII. Verbindung mehrerer Beschwerden	27
A. Gegenstand	27
B. Aktivlegitimation	27
C. Zuständigkeit	27
D. Inhaltserfordernisse	27
XIII. Ablehnung wegen Befangenheit oder Wettbewerbsgefährdung	27
A. Gegenstand	27
B. Aktivlegitimation	28
C. Zuständigkeit	28
D. Frist	28
E. Inhaltserfordernisse	28
F. Wirkung	29
G. Musterschriftsätze	29
<i>Muster ORM-23: Antrag auf Ablehnung wegen Befangenheit</i>	30
<i>Muster ORM-24: Antrag auf Ablehnung wegen Wettbewerbsgefährdung</i>	31
XIV. Ermittlungen, kein Neuerungsverbot	32
A. Ermittlungen	32
B. Kein Neuerungsverbot	32
XV. Antrag auf Aussetzung einer Entscheidung, Antrag auf Fortsetzung des Beschwerdeverfahrens	32
A. Gegenstand	32
B. Aktivlegitimation	33
C. Zuständige Behörde	33
D. Frist	34
E. Inhaltserfordernisse	34
F. Wirkung	34
G. Musterschriftsätze	34
<i>Muster ORM-25: Antrag auf Aussetzung des Verfahrens</i>	35
<i>Muster ORM-26: Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens beim Bundesfi- nanzgericht</i>	36
<i>Muster ORM-27: Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens bei der Abgaben- behörde</i>	37
Teil 3	
XVI. Verfahren	4
A. Senatsentscheidungen	4
B. Mündliche Verhandlung	4
C. Musterschriftsätze	5
<i>Muster ORM-28: Antrag auf Vertagung der mündlichen Verhandlung</i>	6
<i>Muster ORM-29: Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit</i>	7

Inhaltsverzeichnis

XVII.	Erkenntnisse und Beschlüsse	8
	A. Beschlüsse über Formalerledigungen	8
	B. Beschluss über die Aufhebung und Zurückverweisung	8
	C. Erkenntnisse des Verwaltungsgerichts	8
XVIII.	Vollstreckung	9
	A. Inhalt und Wirkung	9
	B. Musterschriftsätze	9
	<i>Muster ORM-30: Antrag auf Herstellung der Rechtsanschauung des Verwaltungsgerichts</i>	10
XIX.	Maßnahmenbeschwerde	11
	A. Inhalt und Wirkung	11
	B. Aktivlegitimation	11
	C. Fristen	11
	D. Formerfordernisse	11
	E. Musterschriftsätze	11
	<i>Muster ORM-31: Maßnahmenbeschwerde</i>	12
XX.	Säumnisbeschwerde	14
	A. Inhalt	14
	B. Aktivlegitimation	14
	C. Frist	14
	D. Formerfordernisse	14
	E. Wirkung	14
	F. Musterschriftsätze	15
	<i>Muster ORM-32: Säumnisbeschwerde</i>	16
XXI.	Nebenansprüche, Instanzenzug bei Gemeinden	18
	A. Nebenansprüche	18
	B. Zweistufiger Instanzenzug bei Gemeinden	18
XXII.	Klaglosstellung	19
	A. Inhalt	19
	B. Legitimation	19
	C. Frist	19
XXIII.	Antrag auf Vorabentscheidung	20
	A. Inhalt und Wirkung	20
	B. Musterschriftsätze	20
	<i>Muster ORM-33: Anregung eines Antrags auf Vorabentscheidung</i>	21
XXIV.	Entscheidungspflicht des Verwaltungsgerichts	23
	A. Entscheidungspflicht	23
	B. Fristsetzungsantrag	23

Sonstige Maßnahmen der Abänderung von Bescheiden

Katharina Drexler/Herbert Houf

Teil 1

	Seite	
I. Allgemeine Vorbemerkungen	4	
	A. Das Prinzip der Rechtsbeständigkeit	4
	B. Zwingende Rechtsfolge oder Ermessen	5
	C. Verjährung	5
	D. Abgrenzung zu anderen verfahrensrechtlichen Möglichkeiten für die Abänderung von Bescheiden	6

Inhaltsverzeichnis

II.	Antrag auf Berichtigung gemäß § 293 BAO	6
	A. Gegenstand der Berichtigung	6
	B. Legitimation	7
	C. Zuständigkeit	8
	D. Frist	8
	E. Konkurrenz zu anderen Verfahrenstiteln zur Abänderung von Bescheiden	8
	F. Inhaltserfordernisse	8
	<i>Muster SBA-1: Antrag auf Berichtigung gemäß § 293 BAO</i>	9
III.	Antrag auf Berichtigung der Einkunftsart gemäß § 293 a BAO	10
	A. Gegenstand	10
	B. Legitimation	10
	C. Zuständigkeit	10
	D. Frist	10
	E. Inhaltserfordernisse	10
	<i>Muster SBA-2: Antrag auf Berichtigung gemäß § 293 a BAO</i>	12
IV.	Antrag auf Berichtigung gemäß § 293 b BAO	14
	A. Gegenstand	14
	B. Legitimation	15
	C. Zuständigkeit	15
	D. Frist	15
	E. Inhaltserfordernisse	15
	<i>Muster SBA-3: Antrag auf Berichtigung gemäß § 293 b BAO</i>	16
V.	Abänderung von Bescheiden gem § 294 BAO	18
	A. Gegenstand	18
	B. Legitimation	19
	C. Zuständigkeit	19
	D. Frist	19
	E. Mögliche Anbringen	19
	<i>Muster SBA-4: Zustimmung zum rückwirkenden Widerruf gem § 294 Abs 2 BAO</i>	20
	<i>Muster SBA-5: Antrag auf Abänderung gem § 294 Abs 1 BAO</i>	21
VI.	Abänderung eines Bescheids gemäß § 295 BAO	22
	A. Gegenstand	22
	B. Legitimation	23
	C. Zuständigkeit	23
	D. Frist	23
	<i>Muster SBA-6: Antrag auf Anpassung eines abgeleiteten Bescheids gemäß § 295 Abs 1 BAO</i>	25
	<i>Muster SBA-7: Antrag auf Anpassung eines Bescheids gemäß § 295 Abs 3 BAO wegen eines grundlagenähnlichen Bescheids (§ 48 BAO)</i>	26
	<i>Muster SBA-8: Antrag auf Anpassung eines Bescheides über einen Verspätungszuschlag gem § 295 Abs 3 BAO wegen eines abgeänderten Abgabenbescheids</i>	28
	<i>Muster SBA-9: Antrag auf Aufhebung eines Bescheids gem § 295 Abs 4 BAO</i>	30
	<i>Muster SBA-10: Antrag auf Aufhebung eines Bescheides gemäß § 295 Abs 4 BAO vor Zurückweisung</i>	32
VII.	Abänderung eines Bescheids gemäß § 295 a BAO	34
	A. Gegenstand	34
	B. Legitimation	36
	C. Zuständigkeit	36

Inhaltsverzeichnis

D. Frist	36
E. Anspruchszinsen im Zusammenhang mit rückwirkend zu berücksichtigenden Ereignissen	37
<i>Muster SBA-11: Antrag auf Abänderung aufgrund des Eintritts eines rückwirkend zu berücksichtigenden Ereignisses gemäß § 295 a BAO</i>	38
<i>Muster SBA-12: Antrag gem § 205 Abs 6 BAO auf Herabsetzung der Anspruchszinsen aufgrund des Eintritts eines rückwirkend zu berücksichtigenden Ereignisses gemäß § 295 a BAO</i>	40
<i>Muster SBA-13: Anzeige gem § 120 Abs 3 BAO des Eintritts eines rückwirkend zu berücksichtigenden Ereignisses gemäß § 295 a BAO</i>	42
Teil 2	
	Seite
VIII. Antrag auf Aufhebung eines Bescheids gemäß § 299 BAO	4
A. Gegenstand der Berichtigung	4
B. Legitimation	6
C. Zuständigkeit	6
D. Frist	6
E. Konkurrenz mit anderen Verfahrenstiteln zur Abänderung von Bescheiden	7
<i>Muster SBA-14: Antrag auf Aufhebung eines Abgabenbescheids gemäß § 299 BAO</i>	8
<i>Muster SBA-15: Antrag auf Aufhebung eines Haftungsbescheids (§ 224 BAO) gemäß § 299 BAO</i>	10
<i>Muster SBA-16: Antrag auf Aufhebung eines Prüfungsauftrags (§ 148 BAO) gemäß § 299 BAO</i>	12
IX. Anregung einer Klaglosstellung gemäß § 300 BAO	14
A. Gegenstand der Berichtigung	14
B. Legitimation	15
C. Zuständigkeit	15
D. Frist	15
<i>Muster SBA-17: Zustimmung zur Aufhebung und Neufestsetzung gemäß § 300 BAO infolge Einigung mit der Abgabenbehörde</i>	16
<i>Muster SBA-18: Zustimmung zur Aufhebung und Neufestsetzung gemäß § 300 BAO infolge Ergehens eines Feststellungsbescheids</i>	17
X. Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 303 BAO	18
A. Gegenstand der Wiederaufnahme	18
B. Legitimation	21
C. Zuständigkeit	21
D. Frist	21
E. Inhaltserfordernisse	22
<i>Muster SBA-19: Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 303 BAO wegen Vorliegens eines Erschleichungstatbestands</i>	23
<i>Muster SBA-20: Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 303 BAO wegen Vorliegens eines Neuerungstatbestands</i>	25
<i>Muster SBA-21: Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gemäß § 303 BAO wegen Vorliegens eines Vorfragentatbestands</i>	27
XI. Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand gemäß § 308 Abs 1 BAO	29
A. Gegenstand der Wiedereinsetzung	29
B. Legitimation	29
C. Zuständigkeit	29
D. Frist	30

Inhaltsverzeichnis

E. Inhaltserfordernisse	30
<i>Muster SBA-22: Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand gemäß § 308 BAO wegen Fristversäumung</i>	<i>31</i>
<i>Muster SBA-23: Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand gemäß § 308 BAO wegen Versäumung einer mündlichen Verhandlung ..</i>	<i>33</i>

Gruppenbesteuerung und abweichendes Wirtschaftsjahr

Verena Trenkwaller

	Seite
I. Gruppenbesteuerung	4
A. Das Konzept der Gruppenbesteuerung	4
B. Bildung einer Unternehmensgruppe	5
C. Änderungen einer bestehenden Unternehmensgruppe	5
D. Formulare	6
E. Steuerausgleichsvereinbarungen	6
1. Belastungsmethode (Stand-alone-Methode)	6
2. Verteilungsmethode	7
3. Periodenabrechnungsmethode	7
4. Ergebnisabführungsvertrag	8
5. Ausländische Gruppenmitglieder	8
<i>Muster KSt-1: Anzeige einer Unternehmensgruppe gem § 9 Abs 8 KStG ..</i>	<i>9</i>
<i>Muster KSt-2: Anzeige der Gruppenmitgliedschaft gem § 9 Abs 8 KStG ..</i>	<i>11</i>
<i>Muster KSt-3: Anzeige der Änderungen für die Gruppenbesteuerung gem § 9 Abs 9 KStG/Anzeige des nachträglichen Eintritts eines Gruppenmitglieds in die Unternehmensgruppe</i>	<i>12</i>
<i>Muster KSt-4: Anzeige des Ausscheidens von Gruppenmitgliedern aus der Unternehmensgruppe gem § 9 Abs 9 KStG</i>	<i>14</i>
<i>Muster KSt-5: Anzeige des Ausscheidens eines Gruppenmitglieds aus der Unternehmensgruppe gem § 9 Abs 9 KStG</i>	<i>16</i>
<i>Muster KSt-6: Gruppen- und Steuerumlagevereinbarung</i>	<i>17</i>
<i>Muster KSt-7: Gruppen- und Steuerumlagevereinbarung im Falle einer Beteiligungsgemeinschaft</i>	<i>33</i>
<i>Muster KSt-8: Änderung Gruppen- und Steuerumlagevereinbarung</i>	<i>35</i>
<i>Muster KSt-9: Kündigung einer Steuerumlagevereinbarung</i>	<i>38</i>
II. Abweichendes Wirtschaftsjahr	39
A. Gewinnermittlungszeitraum	39
<i>Muster KSt-10: Antrag auf Änderung des Bilanzstichtags</i>	<i>40</i>

Umsatzsteuer

Helmut Schuchter

	Seite
I. Organschaft	4
A. Mitteilungen an das Finanzamt zu Organschaft	4
1. Prinzip der Organschaft	4
2. Voraussetzungen der Organschaft	5
3. Folgen der Organschaft	5

Inhaltsverzeichnis

4. Schriftverkehr mit dem Finanzamt	6
<i>Muster USt-1: Mitteilung zu Organschaft</i>	8
II. Steuerbefreiungsverzicht	9
A. Mitteilungen an Finanzamt zu Verzicht auf bestimmte Steuerbefreiungen	9
1. Die Steuerbefreiungen	9
2. Besonderheiten der Umsätze	9
3. Folgen des Verzichtes auf Steuerbefreiungen	10
4. Schriftverkehr mit dem Finanzamt	11
<i>Muster USt-2: Erklärung zum Steuerbefreiungsverzicht</i>	12
III. Widerruf Kleinunternehmerverzicht	13
A. Widerruf zum Verzicht auf Kleinunternehmerbefreiung	13
1. Konzept der Kleinunternehmerbefreiung	13
2. Verzicht und Widerruf	14
3. Schriftverkehr mit dem Finanzamt	15
<i>Muster USt-3: Widerruf zur Verzichtserklärung</i>	16
IV. Zuordnung unternehmerischer Nutzung	17
A. Mitteilung der Zuordnung unternehmerischer Nutzung	17
1. Unternehmen und Vorsteuerabzug	17
2. Zuordnungswahlrecht	18
3. Schriftverkehr mit dem Finanzamt	18
<i>Muster USt-4: Mitteilung zur unternehmerischen Zuordnung</i>	19
V. Gesondert geführter Betrieb	20
A. Antrag auf Vorsteueraufteilung mit gesondert geführtem Betrieb	20
1. Gesondert geführter Betrieb	20
2. Gesondert geführter Betrieb und Vorsteueraufteilung	20
3. Schriftverkehr mit dem Finanzamt	21
<i>Muster USt-5: Antrag gesondert geführter Betrieb</i>	22
VI. Abweichendes Wirtschaftsjahr	23
A. Antrag auf abweichendes Wirtschaftsjahr als Veranlagungszeitraum	23
1. Kalenderjahr als Veranlagungszeitraum	23
2. Abweichendes Wirtschaftsjahr als Veranlagungszeitraum	23
3. Schriftverkehr mit dem Finanzamt	25
<i>Muster USt-6: Erklärung abweichendes Wirtschaftsjahr</i>	26
VII. Veranlagung ausländischer Unternehmen	27
A. Antrag auf Veranlagung zur Umsatzsteuer	27
1. Die Veranlagung zur Umsatzsteuer	27
2. Ausländische Unternehmer	28
3. Veranlagungsoption	28
4. Schriftverkehr mit dem Finanzamt	29
<i>Muster USt-7: Antrag Umsatzsteuerveranlagung</i>	30
VIII. Regelbesteuerung Land- und Forstwirtschaft	31
A. Antrag auf Regelbesteuerung Land- und Forstwirtschaft	31
1. Die Pauschalbesteuerung	31
2. Option zur Regelbesteuerung und Widerruf	32
3. Folgen bei Wechsel der Besteuerungsart	32
a) Rechtslage bis 31. 12. 2013	32
b) Rechtslage ab 1. 1. 2014	33
4. Schriftverkehr mit dem Finanzamt	33
<i>Muster USt-8: Erklärung Regelbesteuerung Bauern</i>	35
<i>Muster USt-9: Widerruf Regelbesteuerung Bauern</i>	36
IX. Erwerbsschwelle – Verzicht und Widerruf	37

Inhaltsverzeichnis

A. Die Erwerbsschwelle	37
1. Das Prinzip	37
2. Vereinfachung für bestimmte Unternehmer	38
B. Verzicht auf und Widerruf zur Erwerbsschwelle	39
1. Schriftlicher Verzicht	39
2. Konkludenter Verzicht	39
3. Widerruf	40
4. Schriftverkehr mit dem Finanzamt	40
<i>Muster USt-10: Verzicht auf Erwerbsschwelle</i>	41
<i>Muster USt-11: Widerruf zum Verzicht auf Erwerbsschwelle</i>	42
X. Lieferschwelle – Verzicht und Widerruf	43
A. Die Lieferschwelle	43
1. Das Prinzip Versandhandel	43
2. Besonderheiten inländische Lieferanten und Abnehmer	45
3. Besonderheiten ausländische Unternehmer	45
B. Verzicht auf und Widerruf zur Lieferschwelle	46
1. Verzicht	46
2. Widerruf	47
3. Schriftverkehr mit dem Finanzamt	47
<i>Muster USt-12: Verzicht auf Lieferschwelle</i>	48
<i>Muster USt-13: Widerruf zum Verzicht auf Lieferschwelle</i>	49

Umgründungssteuerrecht

Michaela Christiner / Brigitte Balber-Peklar

Teil 1

	Seite
I. Ordnungsgemäße Meldung der Umgründung an das Finanzamt	4
A. Allgemeines und Bedeutung der Finanzamtsmeldung	4
B. Mustermeldungen für die einzelnen Umgründungsformen	8
<i>Muster Umgr-1: Anzeige an das Finanzamt der übernehmenden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)</i>	12
<i>Muster Umgr-2: Anzeige an das Finanzamt der übertragenden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)</i>	14
<i>Muster Umgr-3: Anzeige an das Finanzamt der Nachfolge-Personengesellschaft (inkl Beilagen)</i>	15
<i>Muster Umgr-4: Anzeige an das Finanzamt der umzuwandelnden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)</i>	17
<i>Muster Umgr-5: Anzeige an das Finanzamt der Gesellschafter (inkl Beilagen)</i>	19
<i>Muster Umgr-6: Anzeige an das Finanzamt des Einzelunternehmers als Nachfolgerechtsträger (inkl Beilagen)</i>	21
<i>Muster Umgr-7: Anzeige an das Finanzamt der umzuwandelnden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)</i>	23
<i>Muster Umgr-8: Anzeige an das Finanzamt des ausscheidenden Minderheitsgesellschafters (inkl Beilagen)</i>	25
<i>Muster Umgr-9: Anzeige bzw Meldung an das Finanzamt der übernehmenden, neu gegründeten Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)</i>	26
<i>Muster Umgr-10: Anzeige an das Finanzamt des Einbringenden (inkl Beilagen)</i>	28
<i>Muster Umgr-11: Anzeige bzw Meldung an das Finanzamt der übernehmenden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)</i>	30

Inhaltsverzeichnis

Muster Umgr-12: Anzeige an das Finanzamt des Einbringenden (inkl Beilagen)	32
Muster Umgr-13: Anzeige bzw Meldung an das Finanzamt der übernehmenden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)	33
Muster Umgr-14: Anzeige an das Finanzamt des Einbringenden (inkl Beilagen)	35
Muster Umgr-15: Anzeige bzw Meldung an das Finanzamt der neu entstehenden Mitunternehmerschaft (inkl Beilagen)	36
Muster Umgr-16: Anzeige an das Finanzamt des jeweiligen Gesellschafters (inkl Beilagen)	38
Muster Umgr-17: Anzeige an das Finanzamt der neu entstehenden Mitunternehmerschaft GmbH & Co KG (inkl Beilagen)	40
Muster Umgr-18: Anzeige an das Finanzamt des übertragenden Einzelunternehmers (inkl Beilagen)	42
Muster Umgr-19: Anzeige an das Finanzamt der Komplementär-GmbH (inkl Beilagen)	44
Muster Umgr-20: Meldung bzw Anzeige an das Finanzamt der übertragenden Mitunternehmerschaft (inkl Beilagen)	46
Muster Umgr-21: Anzeige an das Finanzamt des ausscheidenden Mitunternehmers (inkl Beilagen)	48

Teil 2

	Seite
Muster Umgr-22: Anzeige bzw Meldung an das Finanzamt der übertragenden Mitunternehmerschaft (inkl Beilagen)	4
Muster Umgr-23: Anzeige an das Finanzamt der Nachfolgerechtsträger (inkl Beilagen)	6
Muster Umgr-24: Anzeige an das Finanzamt der übernehmenden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)	8
Muster Umgr-25: Anzeige an das Finanzamt der spaltenden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)	10
Muster Umgr-26: Anzeige an das Finanzamt der übernehmenden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)	12
Muster Umgr-27: Anzeige an das Finanzamt der spaltenden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)	14
Muster Umgr-28: Anzeige an das Finanzamt der neu gegründeten Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)	15
Muster Umgr-29: Anzeige an das Finanzamt der spaltenden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)	17
Muster Umgr-30: Anzeige an das Finanzamt der neu gegründeten Kapitalgesellschaften (inkl Beilagen)	19
Muster Umgr-31: Anzeige an das Finanzamt der spaltenden Kapitalgesellschaft (inkl Beilagen)	21
II. Weitere Musterschriftsätze – für alle Umgründungsformen relevant	23
A. Meldungen/Mitteilungen im Aufgabenbereich des Steuerberaters	24
Muster Umgr-32: Mitteilung an das Finanzamt betreffend den umsatzsteuerlichen Übergang sowie den Übergang hinsichtlich der Lohnabgaben (Lohnsteuer, Dienstgeberbeitrag zum Familienlastenausgleichsfonds, Dienstgeberzuschlag zum Dienstgeberbeitrag)	25
Muster Umgr-33: Mitteilung an die Sozialversicherungsanstalt betreffend den umgründungsbedingten Dienstgeberwechsel und die Abfuhr der Sozialversicherungsbeiträge auf eine andere Dienstgeber-Kontonummer . .	26

Inhaltsverzeichnis

Muster Umgr-34: Mitteilung an die Gemeinde über den kommunalsteuerlichen Übergang	27
B. Meldungen/Mitteilungen im Aufgabenbereich des Unternehmers	28
Muster Umgr-35: Mitteilung an Dienstnehmer betreffend den Übergang ihres Dienstverhältnisses nach § 3 Abs 3 AVRAG	30
Muster Umgr-36: Mitteilung des übertragenden Rechtsträgers an die Geschäftspartner des übertragenen Betriebs betreffend den Rechtsübergang gemäß § 38 UGB (bei Einzelrechtsnachfolge)	31
Muster Umgr-37: Allgemeine Verständigung der Geschäftspartner über Umgründung und neue Firmendaten	32

Finanzstrafrecht

Klaus Hübner / Alexander Lang

	Seite
I. Einleitung	4
II. Die Selbstanzeige	4
A. Allgemeines zur Selbstanzeige	4
B. Voraussetzungen	5
1. Darlegung der Verfehlung und Offenlegung der bedeutsamen Umstände	5
2. Rechtzeitigkeit	5
a) Noch keine Verfolgungshandlung	5
b) Keine Tatentdeckung	6
c) Keine laufende Prüfung/Nachschau	6
d) Finanzstrafgesetznovelle 2014	6
3. Täternennung	7
C. Entrichtung der Abgabenschulden	7
D. Aufbau des Schriftsatzes	7
Muster FinStrG-1: Selbstanzeige	9
Muster FinStrG-2: Selbstanzeige im Rahmen der Jahresumsatzsteuererklärung	12
III. Antrag auf Verkürzungszuschlag	13
A. Strafaufhebung in besonderen Fällen (Verkürzungszuschlag)	13
B. Voraussetzungen	13
Muster FinStrG-3: Antrag auf die Festsetzung eines Verkürzungszuschlags	14
IV. Antrag auf Zuständigkeit des Spruchsenats	16
A. Zuständigkeit zur Durchführung des Finanzstrafverfahrens	16
B. Spruchsenatzuständigkeit aufgrund eines Antrags	16
V. Ablehnung wegen Befangenheit	17
A. Befangenheit	17
B. Geltendmachung der Befangenheit	18
C. Rechtsmittel	18
Muster FinStrG-4: Ablehnung wegen Befangenheit	19
VI. Akteneinsicht	21
A. Allgemeines zur Akteneinsicht	21
B. Ausnahmen von der Akteneinsicht	21
C. Vorläufige Ausnahme von der Akteneinsicht	22
D. Rechtsmittel gegen die Verweigerung der Akteneinsicht	22
Muster FinStrG-5: Antrag auf Akteneinsicht	23
VII. Beweisanträge	25

Inhaltsverzeichnis

A. Allgemeines	25
VIII. Einspruch gegen die Strafverfügung	26
A. Vereinfachtes Verfahren	26
B. Rechtsmittel	26
<i>Muster FinStrG-6: Einspruch gegen Strafverfügung</i>	27
IX. Beschwerdeanmeldung	29
A. Allgemeines zur Beschwerdeanmeldung	29
B. Inhaltliche Erfordernisse	29
<i>Muster FinStrG-7: Beschwerdeanmeldung</i>	30
X. Die Beschwerde	32
A. Allgemeines zur Beschwerde	32
B. Rechtsmittelfrist	32
C. Einbringung	32
D. Inhalt	33
<i>Muster FinStrG-8: Die Beschwerde</i>	34
XI. Antrag auf Zuständigkeit des Senats beim Bundesfinanzgericht	36
A. Zuständigkeit des Bundesfinanzgerichts	36
B. Zuständigkeit des Richtersenats	36
C. Antrag	36
<i>Muster FinStrG-9: Antrag auf Senatszuständigkeit</i>	37
XII. Erbringung gemeinnütziger Leistungen	39
A. Vollzug von Freiheitsstrafen (Ersatzfreiheitsstrafen) im finanzstrafbehördlichen Verwaltungsverfahren	39
B. Aufforderung zum Strafantritt	39
C. Erbringung gemeinnütziger Leistungen	40
<i>Muster FinStrG-10: Bereitschaftserklärung zur Erbringung gemeinnütziger Leistungen</i>	41
XIII. Antrag auf elektronisch überwachten Hausarrest	43
A. Der elektronisch überwachte Hausarrest	43
B. Voraussetzungen	43
C. Verfahren	43
D. Antrag	44
XIV. Stundung	45
A. Allgemeines zur Stundung	45
<i>Muster FinStrG-11: Antrag auf Stundung</i>	46
XV. Ansuchen auf gnadenweise Nachsicht	48
A. Gnadenrecht	48
B. Berücksichtigungswürdigende Umstände	48
C. Ansuchen	48
<i>Muster FinStrG-12: Ansuchen um gnadenweise Nachsicht</i>	49

Internationales Steuerrecht

Horst Bergmann

	Seite
I. Steuerinländer mit ausländischen Einkünften	4
A. Einkünfte aus DBA-Partnerstaaten „Befreiungsmethode“	4
1. Die DBA-rechtliche Grundlage (§ 23 A OECD-MA)	4
<i>Muster IStR-1: Befreiungsmethode – Begleitbrief an das zuständige Wohnsitzfinanzamt</i>	7
B. Einkünfte aus DBA-Partnerstaaten „Anrechnungsmethode“	9

Inhaltsverzeichnis

1. Die DBA-rechtliche Grundlage (§ 23 B OECD-MA)	9
<i>Muster IStR-2: Anrechnungsmethode – Begleitbrief an das zuständige Wohnsitzfinanzamt</i>	11
C. Einkünfte aus ausländischen Staaten mit/ohne DBA mit Österreich (§ 48 BAO)	13
II. Steuerausländer mit inländischen Einkünften	15
A. Allgemeines zur beschränkten Steuerpflicht von Steuerausländern . . .	15
1. Die rechtlichen Grundlagen	15
a) Die grundlegenden Tatbestände der beschränkten Einkommensteuerpflicht	15
b) Die grundlegenden Tatbestände der beschränkten Körperschaftsteuerpflicht	16
2. Praxishinweise	18
B. Die beschränkte Steuerpflicht bei Dividenden an ausländische Körperschaften	19
1. Konzerninterne Ausschüttungen an EU-Muttergesellschaften	19
2. KEST-Entlastung an der Quelle nach § 94 Z 2 EStG	19
3. KEST-Entlastung durch Rückerstattung	20
a) Sonderfall 1: Ausschüttungen an sogenannte „hybride“ Muttergesellschaften am Beispiel einer slowakischen Kommanditgesellschaft	21
b) Sonderfall 2: Ausschüttungen an Holdinggesellschaften, ansässig in einem anderen EU-Mitgliedsstaat	22
<i>Muster IStR-3: Unterdrückung des KEST-Abzugs bei Inlandsdividenden an EU-Muttergesellschaft(en) – Brief an die österreichische Tochtergesellschaft</i> . .	24
<i>Muster IStR-4: Rückerstattungsantrag nach erfolgtem KEST-Abzug bei Inlandsdividenden an eine EU-Muttergesellschaft(en) – Brief an das zuständige Finanzamt</i>	26
<i>Muster IStR-5: Rückerstattungsantrag nach erfolgtem KEST-Abzug bei Inlandsdividenden an eine EU-Muttergesellschaft(en) – slowakische GmbH & Co KG – Brief an das zuständige Finanzamt</i>	28
<i>Muster IStR-6: Rückerstattungsantrag nach erfolgtem KEST-Abzug bei Inlandsdividenden an eine EU-Holdinggesellschaft(en) – Brief an das zuständige Finanzamt</i>	30
C. Die beschränkte Steuerpflicht bei Lizenzen an ausländische Körperschaften	32
1. Allgemeine Bemerkungen zu Lizenz- und Dienstleistungsverträgen .	32
2. Lizenz- und Know-How-Verträge mit ausländischen Lizenzgebern und österreichischer Betriebsstätte – sogenannte Passivleistungen .	32
3. Lizenz- und Know-How-Verträge mit ausländischen Lizenzgebern ohne österreichische Betriebsstätte – sogenannte Passivleistungen .	33
4. Dienstleistungsverträge mit ausländischen Vertragspartnern – Vorbemerkungen	34
5. Dienstleistungsverträge mit ausländischen Vertragspartnern mit österreichischer Betriebsstätte – sogenannte Aktivleistungen	34
6. Dienstleistungsverträge mit ausländischen Vertragspartnern ohne österreichische Betriebsstätte – sog Aktivleistungen	35
7. Konzerninterne Lizenzverträge (Lizenzzahlungen an Konzerngesellschaften im EU-Gemeinschaftsgebiet)	36
<i>Muster IStR-7: Unterdrückung des Steuerabzugs bei Lizenzzahlungen an ausländische(n) Lizenzgeber (mit österreichischer Betriebsstätte) für Passivleistungen – Brief an den österreichischen Lizenznehmer</i>	38

Inhaltsverzeichnis

<i>Muster IStR-8: Unterdrückung des Steuerabzugs bei Lizenzzahlungen an ausländische(n) Lizenzgeber (mit österreichischer Betriebsstätte) für sog Passivleistungen – Brief an den österreichischen Lizenznehmer</i>	40
<i>Muster IStR-9: Unterdrückung des Steuerabzugs bei konzerninternen Lizenzzahlungen an ausländische(n) Lizenzgeber eines anderen EU-Mitgliedsstaats – Brief an den österreichischen Lizenznehmer</i>	42
<i>Muster IStR-10: Antrag auf Steuererstattung wegen eines Steuerabzugs bei konzerninternen Lizenzzahlungen an einen Lizenzgeber eines anderen EU-Mitgliedsstaats – Brief an das zuständige Finanzamt</i>	44

Sozialversicherung

Stefan Steiger

	Seite
I. Allgemeine Sozialversicherung (ASVG)	3
A. Antrag auf Bescheidausstellung (§ 410 Abs 1 Z 7 ASVG)	3
<i>Muster SV-1: Antrag auf Bescheidausstellung</i>	4
II. Gewerbliche Sozialversicherung (GSVG/FSVG)	5
A. Antrag auf Ausnahme des Sanierungsgewinns (§ 25 GSVG)	5
<i>Muster SV-2: Antrag auf Berücksichtigung eines Sanierungsgewinns</i>	6
B. Antrag auf Ausnahme des Veräußerungsgewinns (§ 25 GSVG)	7
<i>Muster SV-3: Antrag auf Berücksichtigung eines Veräußerungsgewinns</i>	8
C. Aufteilung der Einkünfte gem § 7 FSVG	9
<i>Muster SV-4: Antrag auf Aufteilung der Einkünfte</i>	10
D. Ausnahme in der PV für bestimmte Personen mit Ruhegenussanspruch	11
<i>Muster SV-5: Antrag auf Ausnahme von der Pflichtversicherung</i>	12
E. Erhöhung der PV-Beitragsgrundlage für die Neuzugangsjahre	13
<i>Muster SV-6: Antrag auf Erhöhung der Beitragsgrundlage</i>	14
F. Rückzahlungsantrag eines Beitragsguthabens bei der SVA	15
<i>Muster SV-7: Antrag auf Guthabensrückzahlung</i>	16
G. Tipps zum Formular „Versicherungserklärung für Freiberufler“ / „Änderung der Einkommensprognose“ (§ 2 Abs 1 Z 4 GSVG)	17

Familienlastenausgleichsgesetz

Hubert W. Fuchs

	Seite
I. Familienbeihilfe	4
A. Anspruchsvoraussetzungen (innerstaatliches Recht)	4
1. Anspruchsberechtigte Person	4
2. Anspruchsvermittelnde Kinder	5
3. Altersgrenzen	5
4. Haushaltszugehörigkeit oder überwiegende Kostentragung als Anspruchsvoraussetzung	6
5. Ansprüche von Personen, die nicht österreichische Staatsbürger sind	7
a) Drittstaatsangehörige	7
b) Asylwerber	8

Inhaltsverzeichnis

c) Subsidiär Schutzberechtigte	8
d) Nachgeborene Kinder	8
6. Antragstellung	9
7. Erhöhte Familienbeihilfe (erheblich behinderte Kinder)	14
8. Höhe der Familienbeihilfe	17
9. Direktauszahlung der Familienbeihilfe	17
10. Studenten	20
a) Studieneinrichtungen	20
b) Studienarten	23
c) Studienerfolgsnachweis	23
d) Vorgesehene Studienzeit	24
e) Verlängerungssemester	24
f) Studienwechsel	25
11. Ausschlussgründe und Zuverdienstgrenzen	26
a) Präsenz-, Ausbildungs- oder Zivildienst	26
b) Zuverdienstgrenze	26
c) Verheiratete Kinder	28
B. Familienbeihilfe für EU-/EWR- und Schweizer Staatsbürger	28
1. Allgemeines	28
2. Verordnung (EG) 883/2004 und Verordnung (EG) 987/2009	28
3. Zuständigkeit für die Gewährung der Familienbeihilfe nach der VO (EG) 883/2004	29
a) Beschäftigungslandprinzip	29
b) Prioritätsregeln der VO (EG) 883/2004	30
c) Ausgleichszahlung	31
4. Formulare iZm der Beantragung von Familienleistungen bei Anwendbarkeit der VO (EG) 883/2004	32
II. Dienstgeberbeitrag	52
A. Allgemeines	52
B. Dienstgeberbeitrag für Arbeitnehmer, die aufgrund der VO (EG) 883/2004 den Rechtsvorschriften über soziale Sicherheit eines anderen EU-/EWR-Staats/der Schweiz unterliegen	53
C. Bemessungsgrundlage	53
D. Selbstbemessungsabgabe und Rückforderung eines zu hoch entrichteten Dienstgeberbeitrags	54
E. Befreiung vom Dienstgeberbeitrag	54
F. Antrag gemäß § 42a FLAG	55
III. Fahrtbeihilfen und Freifahrten	55
A. Schulfahrtbeihilfe und Schülerfreifahrt	55
1. Schülerfreifahrt	55
2. Schulfahrtbeihilfe	56
a) Heimfahrtbeihilfe	56
b) Schulfahrtbeihilfe für Fahrten zu Praktika	57
c) Antrag auf Schulfahrtbeihilfe	57
B. Freifahrten und Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge	57
1. Freifahrten (Freifahrausweis) für Lehrlinge	57
2. Fahrtenbeihilfe für Lehrlinge	58
Muster FLAG-1: Antrag auf Festsetzung des Dienstgeberbeitrags gem § 201 BAO und Rückzahlung des sich aus der Festsetzung ergebenden Guthabens	60
Muster FLAG-2: Antrag auf Befreiung von Arbeitslöhnen entsandter Dienstnehmer gem § 42a FLAG	62

Das Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof

Johannes Wolfgang Steiner

	Seite
I. Revisionsverfahren	4
A. Wesen und Zweck der Revision	4
B. Arten der Revision	5
1. Ordentliche Revision	5
2. Außerordentliche Revision	5
C. Zulässigkeit bzw Unzulässigkeit der Revision	5
D. Revisionsfrist	6
E. Revisionsberechtigung	7
F. Einbringung der Revision	7
G. Form und Inhalt der Revision	7
1. Schriftsaterfordernisse, absoluter Vertretungszwang, Gebühr, sonstige Schriftsätze	7
2. Bezeichnung der angefochtenen Entscheidung	8
3. Bezeichnung des Verwaltungsgerichts	8
4. Schilderung des Sachverhalts	8
5. Angaben zur Einhaltung der Revisionsfrist	8
6. Revisionspunkt(e)	8
7. Darlegung der Zulässigkeit einer außerordentlichen Revision	8
8. Revisionsgründe	9
a) Rechtswidrigkeit des Inhalts (§ 42 Abs 2 Z 1 VwGG)	9
b) Rechtswidrigkeit infolge Unzuständigkeit des Verwaltungsgerichts (§ 42 Abs 2 Z 2 VwGG)	9
c) Rechtswidrigkeit infolge Verletzung von Verfahrensvorschriften (§ 42 Abs 2 Z 3 VwGG)	9
aa) Aktenwidrigkeit (§ 42 Abs 2 Z 3 lit a VwGG)	9
bb) Ergänzungsbedürftigkeit des Sachverhalts in einem wesentlichen Punkt (§ 42 Abs 2 Z 3 lit b VwGG)	9
cc) Sonstige wesentliche Verfahrensfehler (§ 42 Abs 2 Z 3 lit c VwGG)	10
9. Revisionsantrag	10
10. Kostenersatz	10
11. Antrag auf Durchführung einer Verhandlung	10
12. Fakultativer Revisionsinhalt	10
a) Unionsrechtswidrigkeit	11
b) Gesetzwidrigkeit einer innerstaatlichen Verordnung bzw Verfassungswidrigkeit eines innerstaatlichen Gesetzes	11
<i>Muster VwGH-1: Ordentliche Revision</i>	12
<i>Muster VwGH-2: Außerordentliche Revision</i>	15
II. Vorlageantrag	18
A. Wesen und Zweck des Antrags	18
B. Antragsfrist	18
C. Antragsberechtigung	18
D. Einbringung des Antrags	18
<i>Muster VwGH-3: Vorlageantrag</i>	19
III. Fristsetzungsantrag	21
A. Wesen und Zweck des Fristsetzungsantrags	21
B. Antragsvoraussetzungen	21
C. Antragsberechtigung	21

Inhaltsverzeichnis

D. Absoluter Vertretungszwang, Einbringung des Antrags, Gebühr	21
E. Form und Inhalt des Antrags	21
<i>Muster VwGH-4: Fristsetzungsantrag</i>	23
IV. Wiedereinsetzung und Wiederaufnahme	25

Abkürzungsverzeichnis

AbgÄG	= Abgabenänderungsgesetz
ABGB	= Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch JGS 946
AbgEO	= Abgabenerkutionsordnung BGBl 1949/104
AEUV	= Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABl C 2008/115, 47
ABl	= Amtsblatt der Europäischen Union
Abs	= Absatz
AktG	= Aktiengesetz 1965 BGBl 1965/98
Anm	= Anmerkung
Art	= Artikel
ASVG	= Allgemeines Sozialversicherungsgesetz BGBl 1955/189
AsylG	= Asylgesetz 2005 BGBl I 2005/100
AVOG	= Abgabenverwaltungsorganisationsgesetz 2010 BGBl I 2010/9
AVRAG	= Arbeitsvertragsrechtsanpassungsgesetz BGBl 1993/459
BAO	= Bundesabgabenordnung BGBl 1961/194
BFG	= Bundesfinanzgericht
BGBl	= Bundesgesetzblatt
BlgNR	= Beilage(n) zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrats
BM	= Bundesminister, -in, -ium
BMF	= BM für Finanzen
BSVG	= Bauern-Sozialversicherungsgesetz BGBl 1978/559
B-VG	= Bundes-Verfassungsgesetz BGBl 1930/1
bzw	= beziehungsweise
d	= deutsch, -e, -er, -es
DBA	= Doppelbesteuerungsabkommen
dh	= das heißt
EAS	= Express-Antwort-Service des BMF in internationalen Steuerfällen
EMGR	= Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK (auch MRK)	= Europäische Menschenrechtskonvention BGBl 1958/210
EstG	= Einkommensteuergesetz 1988 BGBl 1988/400
EstR 2000	= Einkommensteuerrichtlinien 2000
EU	= Europäische Union
EuGH	= Europäischer Gerichtshof
EWR	= Europäischer Wirtschaftsraum
f	= und der, die folgende
ff	= und der, die folgenden
FinStrG	= Finanzstrafgesetz BGBl 1958/129
FLAG	= Familienlastenausgleichsgesetz 1967 BGBl 1967/376
FS	= Festschrift
FSVG	= Freiberuflichen-Sozialversicherungsgesetz BGBl 1978/624
FVwGG	= Finanzverwaltungsgerichtsbarkeitsgesetz BGBl I 2013/14
GebG	= Gebührengesetz 1957 BGBl 1957/267
gem	= gemäß
GesbR	= Gesellschaft bürgerlichen Rechts

Abkürzungsverzeichnis

GKK	= Gebietskrankenkasse
GM	= Gruppenmitglied
GmbH	= Gesellschaft(en) mit beschränkter Haftung
GmbHG	= Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung RGBL 1906/58
GP	= Gesetzgebungsperiode
GPLA	= Gemeinsame Prüfung lohnabhängiger Abgaben
GrEStG	= Grunderwerbsteuergesetz 1987 BGBl 1987/309
GRC	= Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 18. 12. 2000, ABl C 2000/354, 1
grds	= grundsätzlich
GSVG	= Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz BGBl 1978/560
GT	= Gruppenträger
hg	= höchstgerichtlich, -e, -er, -es
HS	= Halbschrift
idF	= in der Fassung
inkl	= inklusive
iSd	= im Sinne des, – der
iVm	= in Verbindung mit
KESst	= Kapitalertragsteuer
KG	= Kommanditgesellschaft
KommStG	= Kommunalsteuergesetz 1993 BGBl 1993/819
KSG	= Klimaschutzgesetz BGBl I 2011/106
KStG	= Körperschaftsteuergesetz 1988 BGBl 1988/401
KStR 2013	= Körperschaftsteuerrichtlinien 2013
KVG	= Kapitalverkehrsteuergesetz dRGBL I S 1058/1934
leg cit	= legis citatae (der zitierten Vorschrift)
lfd	= laufend, -e, -er, -es
lit	= litera (<i>Buchstabe</i>)
MA	= Musterabkommen
MRK	= <i>siehe EMRK</i>
mwN	= mit weiteren Nachweisen
MwSt-SystRL	= Mehrwertsteuersystemrichtlinie RL 2006/112/EG
NAG	= Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz BGBl I 2005/100
NeuFÖG	= Neugründungsförderungsgesetz BGBl I 1999/106 (Art XV)
Nov	= Novelle
Nr	= Nummer
OECD	= Organisation for Economic Co-operation and Development
OECD-MA	= OECD-Musterabkommen auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen
OG	= Offene Gesellschaft
OGH	= Oberster Gerichtshof
pa	= per annum (<i>pro Jahr</i>)
PV	= Pensionsversicherung
Rz	= Randzahl
s	= siehe
SE	= Societas Europaea

Abkürzungsverzeichnis

SCE	=	Societas Cooperativa Europaea [Europäische Genossenschaft]
SpaltG	=	Spaltungsgesetz BGBl 1996/304 (Art XIII)
StNr	=	Steuernummer
StudFG	=	Studienförderungsgesetz 1992 BGBl 1992/305
StVG	=	Strafvollzugsgesetz BGBl 1969/144
SV	=	Sozialversicherung
SVA	=	Sozialversicherungsanstalt
TP	=	Tarifpost
TS	=	Teilstrich
ua	=	und andere; unter anderem
UAbs	=	Unterabsatz
uE	=	unseres Erachtens
UG	=	Universitätsgesetz 2002 BGBl I 2002/120
UGB	=	Unternehmensgesetzbuch dRGBI 1897, 219
UID-Nummer	=	Umsatzsteueridentifikationsnummer
UmgrStG	=	Umgründungssteuergesetz BGBl 1991/699
UmgrStR 2002	=	Umgründungssteuerrichtlinien 2002
UmwG	=	Umwandlungsgesetz BGBl 1996/304 (Art XIV)
UStG	=	Umsatzsteuergesetz 1994 BGBl 1994/663
UStR 2000	=	Umsatzsteuerrichtlinien 2000
usw	=	und so weiter
UVA	=	Umsatzsteuervoranmeldung
uvm	=	und viele(s) mehr
V	=	(innerstaatliche) Verordnung
VbVG	=	Verbandsverantwortlichkeitsgesetz BGBl I 2005/151
VereinsR 2001	=	Vereinsrichtlinien 2001
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
vgl	=	vergleiche
VO	=	EG-Verordnung
vs	=	versus (<i>gegen</i>)
VwGH	=	Verwaltungsgerichtshof
VwGG	=	Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 BGBl 1985/10
WAOR	=	Gesetz über die Organisation der Abgabenverwaltung und besondere abgabenrechtliche Bestimmungen in Wien (WAOR – kurz: Wiener Abgabenorganisationsrecht) LGBl 1962/21
WK	=	Wirtschaftskammer
WTBG	=	Wirtschaftstreuhandberufsgesetz BGBl I 1999/58
Z	=	Ziffer
zB	=	zum Beispiel
ZM	=	Zusammenfassende Meldung
ZP (früher: ZPMRK)	=	Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
ZPMRK	=	<i>siehe ZP</i>
ZPO	=	Zivilprozessordnung RGBI 1895/113
ZustG	=	Zustellgesetz BGBl 1982/200

